

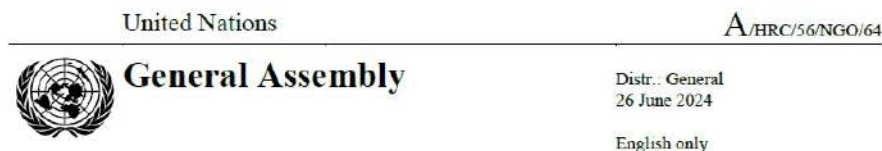


Föderation der West-Thrakien Türken in Europa Newsletter

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations
Member of the Fundamental Rights Platform (FRP) of the European Union Agency for Fundamental Rights
Member of the Federal Union of European Nationalities (FUEN)

Nr. 26 | September 2024 | Jahr 20

ABTTT reichte beim Menschenrat der Vereinten Nationen zwei schriftliche Erklärungen ein



Human Rights Council

Fifty-sixth session
18 June–12 July 2024
Agenda item 3

Promotion and protection of all human rights, civil, political, economic, social and cultural rights, including the right to development

Written statement* submitted by Federation of Western Thrace Turks in Europe, a non-governmental organization in special consultative status

The Secretary-General has received the following written statement which is circulated in accordance with Economic and Social Council resolution 1996/31.

[21 May 2024]

Die ABTTT brachte das Thema der Vereinigungsfreiheit und die Angriffe auf die türkische Volksgruppe in West-Thrakien zur Sprache und betonte, dass die Rechtsstaatlichkeit in Griechenland ernsthaft untergraben ist.

Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTT) reichte der 56. ordentlichen Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (UN), die vom 18. Juni-12. Juli 2024 in Genf, der Schweiz stattfand, zwei schriftliche Erklärungen mit den Titeln „Verletzung der Vereinigungsfreiheit im Hinblick auf die Einschränkungen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Griechenland“ und „Systematische Diskriminierung der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien und Diskreditierung und gezielte Verfolgung von Menschenrechtsverteidigern“ ein.

In Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit und das

Thema der Vereinigungsfreiheit wies die ABTTT darauf hin, dass die türkische Volksgruppe in West-Thrakien, deren Status durch den Vertrag von Lausanne von 1923 festgelegt wurde, seit vielen Jahren mit systematischer Diskriminierung zu kämpfen hat, und fügte hinzu, dass der Druck auf Menschenrechtsverteidiger und nationale Minderheiten zugenommen hat, nachdem die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land Griechenland in den letzten Jahren untergraben wurde.

Die ABTTT erklärte, dass die Vereinigungsfreiheit und die Vollstreckung der Urteile des EGMR zu den wichtigsten Indikatoren für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören, und fügte hinzu, dass Griechenland die drei EGMR-Urteile in Bezug auf die Vereine der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere seit 16 Jahren beharrlich nicht vollstreckt hat. Die

INHALT

ABTTT reichte beim Menschenrat der Vereinten Nationen zwei schriftliche Erklärungen ein

Seiten 1-2

Ist es zu viel verlangt, ein freies, faires und gutes Leben zu führen?

Seite 3

Parallelbericht von ABTTT zum US-Jahresbericht 2023 über Religionsfreiheit in Griechenland

Seite 4

DEB-Partei schreibt erneut Geschichte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament!

Seite 5

Mitsotakis: „Wir haben die Botschaft des Volkes bei der Europawahl erhalten“

Seite 6

Europäische Kommission veröffentlichte den Jahresbericht über Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024

Seiten 6-7

Menschenrechtsorganisationen und Organisationen für Medienfreiheit kritisieren den Rechtsstaatlichkeitsbericht der Europäischen Kommission über Griechenland

Seite 8

Katrinis: „Die Justiz muss frei und unabhängig sein“

Seite 9

Staatsminister Skertsos: „Justizreform beendet die Abweichung vom europäischen System“

Seiten 9-10

Gottesdienst im historischen Sümela-Kloster und religiöse Freiheiten und Rechte der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die verletzt werden

Seite 10

Minderheitenschule in Gökçeada ermöglicht die Rückkehr der Einwohnerschaft

Seite 11

ND-Abgeordneter Syrigos ignorierte das Recht der Kinder der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien auf Bildung in ihrer Muttersprache

Seite 11

In West-Thrakien, Griechenland werden 4 weitere türkische Grundschulen geschlossen!

Seite 12

ABTTF forderte Griechenland auf, die Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien uneingeschränkt zu respektieren und die oben genannten Urteile des EGMR in Bezug auf die drei türkischen Vereine unverzüglich zu vollstrecken.

ABTTF erinnerte auch daran, dass das Gericht infolge einer Klage gegen den von den West-Thrakien Türken gegründeten und amtlich eingetragenen Fanverein „Fenerbahçe Kultur- und Sportverein von West-Thrakien“ mit der Begründung, dass die Verwendung des Wortes „West-Thrakien“ im Vereinsnamen gegen das Gesetz und die öffentliche Ordnung verstößt und eine Gefahr für die territoriale Integrität und nationale Souveränität des Landes darstellt, entschied, dass der Verein aufgelöst werden muss. ABTTF stellte fest, dass diese Entscheidung einen klaren Verstoß gegen die Vereinigungsfreiheit darstellt und ein weiterer Schritt ist, unsere Volksgruppe zu bestrafen.

In ihrer zweiten schriftlichen Erklärung mit dem Titel „Systematische Diskriminierung der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien und Diskreditierung und gezielte Verfolgung

von Menschenrechtsverteidigern“ betonte die ABTTF, dass Griechenland zu den Ländern mit der schlechtesten Bilanz in Bezug auf Minderheitenrechte in Europa gehört und weder das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert noch die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen unterzeichnet hat.

ABTTF wies darauf hin, dass in Griechenland die Abgeordneten, Vereine und andere Vertreter der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien ständigem Druck und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt sind, und durch die Medienberichte, die Provokation und Manipulation gegen die Angehörigen der türkischen Volksgruppe enthalten, zur Zielscheibe werden.

Die ABTTF stellte fest, dass Ermittlungen und Strafverfolgungen als Druck- und Einschüchterungsmaßnahmen gegen die Vertreter der türkischen Volksgruppe eingesetzt werden, und fügte hinzu, dass gegen Ozan Ahmetoğlu, den Vorsitzenden des ältesten Vereins der türkischen Volksgruppe, der Türkischen Union von Xanthi, ermittelt und anschließend Anklage erhoben wurde.

ABTTF erklärte, dass gegen die gewählten Muftis in den Präfekturen Xanthi und Rodopi mehrfach Ermittlungen eingeleitet wurden, und fügte hinzu, dass die türkische Volksgruppe in West-Thrakien und die Menschenrechtsaktivisten, die die türkische Volksgruppe vertreten, weiterhin Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt sind.

Die ABTTF wies darauf hin, dass in einem im Oktober 2021 auf newsbreak.gr, einer Nachrichten-Webseite mit Sitz in Athen, veröffentlichten Nachrichtenartikel unbegründete und diffamierende Anschuldigungen gegenüber der ABTTF erhoben wurden, und fügte hinzu, dass der ABTTF-Präsident Halit Habip Oğlu in der griechischen Lokalpresse ständig zur Zielscheibe gemacht wird. Die ABTTF forderte, dass Stigmatisierung, Diffamierung und Diskreditierung in der Politik und den Medien unterbunden werden.

Die beiden von der ABTTF eingereichten schriftlichen Erklärungen sind unter folgendem Link erreichbar: <https://hrcmeetings.ohchr.org/HRC-Sessions/RegularSessions/56/Pages/NGO%20liaison%20information.aspx>



Ist es zu viel verlangt, ein freies, faires und gutes Leben zu führen?

Liebe Leserinnen und Leser,

wieder ist eine Sommerferienzeit zu Ende gegangen. Leider kam es in unserem Land aufgrund der extremen Sommerhitze erneut zu Waldbränden. Die Brände legten viele Grünflächen in Schutt und Asche. In unserer Region brachen auch kleinere Waldbrände aus, die aber zum Glück innerhalb kurzer Zeit unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Andererseits wurde, wie vor jedem Schuljahr angekündigt bzw. bekannt gegeben, welche unserer Schulen geschlossen werden. Gemäß dem Ministerialbeschluss werden unsere Grundschulen in den Dörfern Vyrini (Hacıören), Kimi (Keziren) und Plagia (Payamlar) in der Präfektur Rodopi sowie im Dorf Palaio Katramio (Karaköy) in der Präfektur Xanthi unter dem Vorwand des Schülermangels geschlossen. Nach diesem jüngsten Beschluss sank die Zahl unserer Grundschulen auf 86.

Schauen wir uns die Zahlen an! Im Rahmen wirtschaftlicher Maßnahmen beschloss die damalige Regierung, den Betrieb von Schulen mit geringen Schülerzahlen für zwei Jahre einzustellen und sie dann zu schließen. Da dieser Beschluss auch für unsere Grundschulen mit autonomem Status gilt, sank deren Zahl von 188 im Jahr 2011, in dem der besagte Beschluss in Kraft trat, auf 86 heute. Von 188 auf 86!

Unser autonomes Bildungssystem wird vom Staat zerstört! Denn das Ziel ist es, unser Bildungssystem und letztendlich die türkische Identität hierzulande zu vernichten!

Auf der anderen Seite des Wassers in unserem Mutterland Türkei ist die Situation genau umgekehrt. Wie jedes Jahr fand auch dieses Jahr ein Gottesdienst im Sümela-Kloster in Trabzon zum Jahrestag der Himmelfahrt der Heiligen Jungfrau Maria statt.

Da der diesjährige Gottesdienst um eine Woche verschoben wurde, wurde er von dem Metropoliten von Gelibolu Stefanos Dinidis, der unserem Mutterland für deren Unterstützung für das Stattfinden des Got-

tesdienstes dankte, abgehalten.

Wir hoffen, dass die positive Entwicklung in den bilateralen Beziehungen zwischen unserem Mutterland und unserem Heimatland in diesem Jahr auch positive Auswirkungen auf uns haben würde, aber wir haben uns geirrt. Unser Land versucht weiterhin, die Bildungs- und Religionsautonomie unserer Volksgruppe komplett zu beseitigen, anstatt sich die toleranten Praktiken unseres Mutterlandes gegenüber der griechisch-orthodoxen Minderheit als Vorbild zu nehmen. Warum ist das so?

Wie viele von uns habe auch ich dieses Jahr die Sommerferien in meinem Heimaort verbracht. Für die Angehörigen unserer Volksgruppe, die seit zwei Jahren mit extremer Hitze zu kämpfen haben, scheinen sich die Lebensbedingungen in der Region verschlechtert zu haben. Leider führen sie, die ihren Lebensunterhalt mit der Landwirtschaft verdienen, im wahrsten Sinne des Wortes einen Kampf auf Leben und Tod.

Wegen der extremen Hitze ist viel Bewässerung erforderlich, um den maximalen Ertrag auf den angebauten Feldern erzielen zu können, was sowohl Arbeit als auch erhebliche Kosten bedeutet. Manche geben auf, beenden den Anbau auf den Feldern und wandern für Saisonarbeit ins Ausland aus. Leider unternehmen die Regierung sowie Politiker auf nationaler und regionaler Ebene keine Schritte, um diese Auswanderung zu verhindern.

Aber das Problem der Dürre in der Landwirtschaft gibt es auch in Italien und Frankreich. Für die Lösung der Probleme auf regionaler Ebene wird in diesen Ländern nicht nur eine entsprechende Regionalpolitik geführt, es werden auch die bestehenden EU-Programmen genutzt. Bei meinem Besuch in der Region Südtirol in Italien, die unserer Region sehr ähnlich ist, habe ich von den dortigen Offiziellen erfahren und vor Ort auch gesehen, wie sie dank Entwicklungsprogrammen erfolgreich geworden sind.

Warum können wir nicht dasselbe wie andere Länder tun? Es fühlt sich an, als ob wir hierzulande absichtlich unserem eigenen Schicksal überlassen worden wären...



Dabei hat unsere Region so viel Potenzial! Erstens bietet sie hinsichtlich ihrer geografischen Lage und natürlichen Schönheiten große Möglichkeiten im Tourismus. Wie ich den ganzen Sommer über beobachtet habe, sind viele Touristinnen und Touristen aus Rumänien, Bulgarien und der Türkei in unsere Region gekommen! Sie übernachteten in den Hotels in unserer Region, waren an unseren Stränden und kehrten in unseren Restaurants ein.

Wenn das Tourismuspotenzial gefördert und in unsere Region investiert wird, wird das die wirtschaftliche Lage unserer Region enorm verbessern. Dies wird dann auch die Lebhaftigkeit in unserer Region steigern. Allerdings müssen regionale Strategien entwickelt und Anreize dafür geschaffen werden.

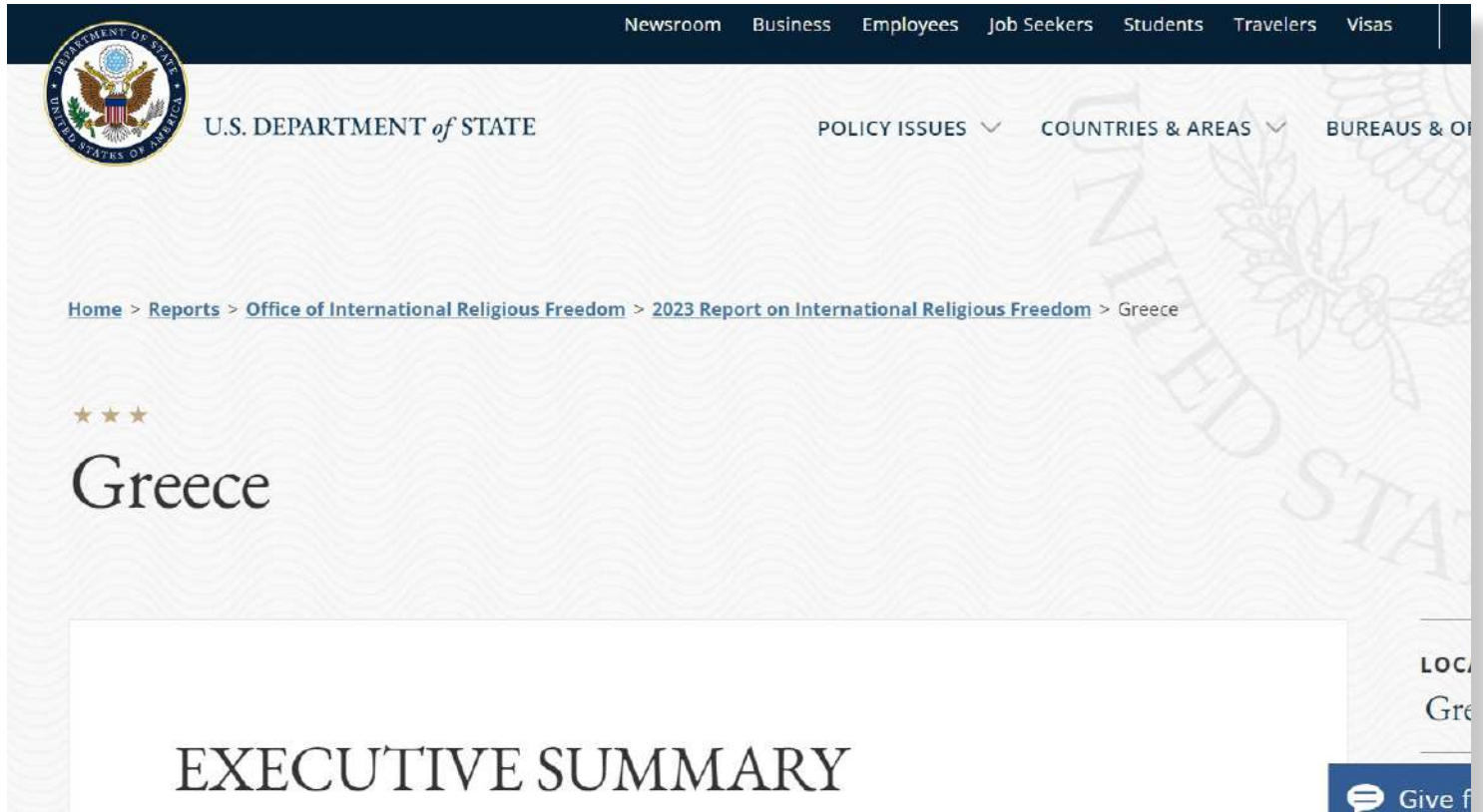
Strategien sollten nicht nur für den Tourismus entwickelt werden, sondern auch, um bestehende Probleme in der Landwirtschaft zu lösen. Dann wird unsere Region mit der Entwicklung der Landwirtschaft und des Dienstleistungssektors Fortschritte erzielen. Starke Regionen werden zu starken Volkswirtschaften.

Wir hoffen, dass wir in unserem Land ein freies, faires und gutes Leben führen können, denn wir verdienen es! Das ist eigentlich alles! Aber nur für diejenigen, die es sehen können und sehen wollen!

Herzliche Grüße

Halit Habip Oğlu
ABTTF-Präsident

Parallelbericht von ABTTF zum US-Jahresbericht 2023 über Religionsfreiheit in Griechenland



In ihrem Parallelbericht bringt die ABTTF die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien im Bereich Religion sowie die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit ihrer Religionsfreiheit ausführlich zum Ausdruck.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hat einen Parallelbericht als Antwort auf den am 26. Juni 2024 vom Außenministerium der Vereinigten Staaten (US) veröffentlichten Jahresbericht 2023 über Religionsfreiheit in Griechenland erstellt und ihn bei den zuständigen US-Behörden eingereicht.

In ihrem Parallelbericht schildert die ABTTF ausführlich die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die gemäß den internationalen Verträgen religiöse Autonomie besitzt, im Bereich Religion sowie die aktuellen Ereignisse im Zusammenhang mit ihrer Religionsfreiheit.

Die ABTTF stellt fest, dass der Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten der griechisch-orthodoxen Kirche, der vorherrschenden Religion im Land, oder der jüdis-



chen Gemeinde Griechenlands, einer der offiziell anerkannten Religionen hierzulande, einmischt, und weist darauf hin, dass die Religionsfreiheit und die religiöse Autonomie der muslimisch-türkischen Volksgruppe in West-Thrakien durch Gesetze und Regierungspraktiken verletzt wird, obwohl ihr gemäß den internationalen Verträgen religiöse Autonomie gewährt wurde.

Die ABTTF betont, dass die Regierung seit 1991 die Muftis oder stellvertretenden Muftis in West-Thrakien ernannt, was im Widerspruch zur religiösen Autonomie der türkischen Volksgruppe steht, und die von der türkis-

chen Volksgruppe gewählten Muftis nicht anerkennt, und merkt an, dass die gewählten Muftis wegen der illegalen Verwendung religiöser Symbole strafrechtlich verfolgt und zu Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Die ABTTF weist darauf hin, dass die religiöse Autonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien durch das Gesetz „Modernisierung der Mufti-Ämter“, das trotz aller Einwände der türkischen Volksgruppe vom griechischen Parlament im August 2022 verabschiedet worden war, weiter untergraben wurde, und betont, dass die Regierung seit 1967 die Verwaltungsräte der Waqf-Stiftungen der türkischen Volksgruppe ernannt, und ein 2008 erlassenes Gesetz den Weg für den Verkauf und die Übertragung der Immobilien der Waqf-Stiftungen an die lokalen Verwaltungen ebnete.

Die ABTTF fordert unser Land Griechenland auf, die durch den Vertrag von Lausanne von 1923 garantierte Bildungs- und Religionsautonomie der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien wiederherzustellen, und ihre religiösen Rechte und Freiheiten im zu respektieren.

DEB-Partei schreibt erneut Geschichte bei den Wahlen zum Europäischen Parlament!

ABTTF-Präsident: „Mit dem großen Erfolg unserer DEB-Partei bei der Europawahl übermittelte unsere Volksgruppe den Regierenden unseres Landes eine sehr starke Botschaft und teilte denjenigen in unserem Land, die unsere Existenz und Identität beharrlich leugnen, mit, dass ‚Wir existieren und Türken sind!‘. Ich gratuliere unserer DEB-Partei von ganzem Herzen, die bei der Europawahl zum dritten Mal Geschichte geschrieben hat.“

Die Partei Freundschaft, Gleichheit und Frieden (DEP-Partei), die einzige politische Partei der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die sie auf politischer Ebene vertritt, hat bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (EP), die am Sonntag, den 9. Juni 2024 in Griechenland stattfanden, erneut einen historischen Erfolg erzielt. Die DEB-Partei, die mit dem Slogan „Wir sind hier!“ an den Wahlen teilnahm, bei der Europawahl 2024 in den Präfekturen Rodopi und Xanthi wie schon 2014 und 2019 klarer Wahlsieger wurde, indem sie die meisten Stimmen erhielt.

Die DEB-Partei, die mit insgesamt 42 Kandidatinnen und Kandidaten an der Europawahl 2024 teilnahm, konnte sich mit 14.448 Stimmen und einem Stimmenanteil von 36,10% in der Präfektur Rodopi als Wahlsieger durchsetzen. In Rodopi belegte die regierende Partei Nea Dimokratia (ND) mit 19,61% der Stimmen den zweiten Platz und die PASOK-KINAL-Partei kam mit 8,87 % auf den dritten Platz. Auch in der Präfektur Xanthi wurde die DEB-Partei mit 11.176 Stimmen und einem Stimmenanteil von 27,16 % die stärkste Partei, während die ND mit 20,39 % der abgegebenen Stimmen den zweiten Platz und die größte Oppositionspartei SYRIZA mit 9,90% den dritten Platz belegte.

In ganz Griechenland ging die ND als Wahlsieger aus der Europawahl 2024 hervor, bei der die Wahlbeteiligung bei 41,39% blieb und die politischen Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums einen enormen Zuwachs bei dem Anteil der erhaltenen Stimmen verzeichneten. In Griechenland, das 21 Sitze im Europäischen

Parlament hat, erhielt die ND mit 28,31% der Stimmen 7 Sitze, gefolgt von der SYRIZA-Partei, die mit 14,92% der Stimmen 4 Sitze erhielt. Die anderen Parteien, die auch über die landesweite Drei-Prozent-Wahlhürde geschafft haben, waren die PASOK-KINAL-Partei mit 12,79% der Stimmen (3 Sitze), der Partei der Griechischen Lösung mit 9,30% der Stimmen (2 Sitze), die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) mit 9,25% der Stimmen (2), die Siegespartei (NIKI) mit 4,37 % der Stimmen (1 Sitz), die Partei des Freiheitskurses mit 3,40% der Stimmen (1 Sitz) und die Partei der Stimme der Logik mit 3,04% der Stimmen (1 Sitz).

Zum historischen Erfolg DEB-Partei bei der Europawahl 2024 äußerte sich der Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF), Halit Habip Oğlu, wie folgt „Nach 2014 und 2019 wurde unsere DEP-Partei bei der Europawahl 2024 in den Präfekturen Rodopi und Xanthi mit großem Abstand die erste Partei mit



den meisten erhaltenen Stimmen und erzielte erneut einen historischen Erfolg. Mit dem großen Erfolg unserer DEB-Partei bei der Europawahl übermittelte unsere Volksgruppe den Regierenden unseres Landes eine sehr starke Botschaft und teilte denjenigen in unserem Land, die unsere Existenz und Identität beharrlich leugnen, mit, dass ‚Wir existieren und Türken sind!‘. Der größte Anteil am historischen Erfolg unserer DEB-Partei, die bei der Europawahl zum dritten Mal in Folge einen Unterschied auf der politischen Landkarte unseres Landes gemacht hat und die Stimme unserer Volksgruppe erhob, gebührt in erster Linie unserer Parteivorsitzenden und dann den Führungskräften, den Kandidatinnen und Kandidaten und den Mitgliedern unserer Partei sowie unserer Volksgruppe, die unsere Partei mit ihren Stimmen unterstützte. Ich gratuliere unserer DEP-Partei von ganzem Herzen, die bei den EP-Wahlen zum dritten Mal Geschichte geschrieben hat.“
*Foto: Innenministerium Griechenlands

Mitsotakis: „Wir haben die Botschaft des Volkes bei der Europawahl erhalten“

ABTTF-Präsident: „Ich hoffe, dass unser Ministerpräsident auch die Botschaft verstanden hat, die wir mit unseren Stimmen für die DEB-Partei in Rodopi und Xanthi übermittelt haben. Denn, indem die DEB-Partei in Rodopi und Xanthi als Wahlsieger hervorgegangen ist, haben wir als die türkische Volksgruppe in West-Thrakien haben der Regierung und allen politischen Parteien gezeigt, dass sie uns in unserer Region nicht ignorieren können.“

In seiner Rede auf einer Konferenz des Magazins Economist bewertete der Ministerpräsident unseres Landes, Kyriakos Mitsotakis, die Ergebnisse der Europawahl.

Mitsotakis wies darauf hin, dass seine Partei Nea Dimokratia (ND) bei der Europawahl mehr als doppelt so viele Stimmen erhalten als die Partei, die den zweiten Platz belegte und sich als dominierende politische



Kraft erwiesen hat. Mitsotakis räumte ein, dass seine Partei das Ziel von 33 Prozent der Stimmen nicht erreichen konnte, und sagte, dass die Bürger*innen bei der Europawahl eine Botschaft über die hohen Lebenshaltungskosten übermittelt, und sie diese Botschaft erhalten haben.

„Der Ministerpräsident Mitsotakis sagt, dass das Volk der Regierung durch die Europawahl eine Botschaft über die hohen Lebenshaltungskosten übermittelt hat, und sie den Reformauftrag des Volkes erhalten

haben. Ich hoffe, dass unser Ministerpräsident auch die Botschaft verstanden hat, die wir mit unseren Stimmen für die DEB-Partei in Rodopi und Xanthi übermittelt haben. Denn, indem die DEB-Partei in Rodopi und Xanthi als Wahlsieger hervorgegangen ist haben wir als die türkische Volksgruppe in West-Thrakien haben der Regierung und allen politischen Parteien gezeigt, dass sie uns in unserer Region nicht ignorieren können. Die regierende Partei Nea Dimokratia sollte unsere Botschaft ernst nehmen und einen Schritt für einen Neuanfang in Bezug auf die Anerkennung unserer Existenz und die Wiederherstellung unserer Rechte unternehmen, indem sie der Staats- und Regierungspolitik ein Ende setzt, die unsere Existenz leugnet“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com

Europäische Kommission veröffentlichte den Jahresbericht über Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024



COMMISSION STAFF WORKING DOCUMENT

2024 Rule of Law Report Country Chapter on the rule of law situation in Greece

Im Bericht wird auch auf die Nichtvollstreckung der EGMR-Urteile durch Griechenland und die Verletzung der Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe in West-Thra-

kien verwiesen.

Die Europäische Kommission hat ihren Jahresbericht über Rechtsstaatlichkeit 2024

veröffentlicht, in dem die Entwicklungen in Bezug auf die Rechtsstaatlichkeit in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) objektiv und systematisch analysiert

werden.

Im Länderbericht über Griechenland wird neben den Kritiken über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit im Lande auch auf einige positive Schritte der Regierung hingewiesen. In Bezug auf das Justizsystem Griechenlands wird angemerkt, dass ein Gesetzesvorschlag, der die Beteiligung der Justiz an der Ernennung der Richter*innen in die höchsten Positionen in der Justiz vorsieht, angenommen wurde, und auf die anhaltenden ernsthaften Schwierigkeiten hinsichtlich der Dauer von Verfahren vor den Zivilgerichten erster Instanz und dem Staatsrat aufmerksam gemacht.

Im Bericht wird festgehalten, dass gewisse Fortschritte bei der Einführung nicht-legislativer Schutzmaßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Journalisten im Lande erzielt wurden, aber weiterhin Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit der Medien bestehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass es weiterhin Herausforderungen hinsichtlich der Qualität des Gesetzgebungsprozesses in Griechenland gibt, und die nach der Verfassung eingesetzten unabhängigen Behörden vor Herausforderungen stehen, die ihren Status und ihre Fähigkeit, ihr Mandat wirksam zu erfüllen, untergraben könnten. Der Bericht macht auch auf die anhaltenden Bedenken hinsichtlich der Zivilgesellschaft aufmerksam.

Im Bericht wird auch auf die Verletzung der Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien hingewiesen, und festgestellt, dass die Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), deren Vollstreckung durch Griechenland seit mehr als 15 Jahren ansteht, mit der Verletzung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in Zusammenhang stehen, die auf die Urteile nationaler Gerichte zurückzuführen sind, die entschieden, die betreffenden Vereine nicht einzutragen oder aufzulösen, mit der Begründung, ihr Zweck sei die Förderung der Vorstellung, dass im Land eine ethnische Minderheit existiere. In einer Fußnote zu diesem Thema im Bericht wird vermerkt, dass das Ministerkomitee des Europarates in seinem bei der Sitzung im Dezember 2023 angenommenen Beschluss



seine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck brachte, dass obwohl die Antragsteller in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere nach den vom griechischen Parlament im Jahr 2017 verabschiedeten Änderungen im Zivilprozessrecht, die die Wiederaufnahme der umstrittenen Rechtsfälle ermöglicht, die ihnen im Rahmen des nationalen Rechtssystems zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausgeschöpft haben, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand immer noch nicht erfolgte.

Im Bericht wird Griechenland unter anderem empfohlen, seine Bemühungen um Erstellung eines soliden Registers für Verfolgung und Verhängung rechtskräftiger Urteile in Korruptionsfällen, auch auf höchster Ebene, fortzusetzen, den Prozess der Einführung legislativer und nicht-legislativer Schutzmaßnahmen zur Verbesserung des Schutzes von Journalisten voranzutreiben und einen strukturierten Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzubauen.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hatte sich aktiv am Kon-

sultationsprozess zum Jahresbericht über Rechtsstaatlichkeit 2024 für zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Interessenvertreter beteiligt und ihren schriftlichen Beitrag bei der Europäischen Kommission eingereicht. In ihrem schriftlichen Beitrag, in dem sie die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien dargelegt hatte, hatte die ABTTF darauf hingewiesen, dass Griechenland die Urteile des EGMR bezüglich der Vereine der türkischen Volksgruppe in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere seit 2008 trotz der Beschlüsse und aller Ermahnungen des Ministerkomitees des Europarates immer noch nicht vollstreckt hat und die Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe verletzt.

Der von der Europäischen Kommission veröffentlichte Rechtsstaatlichkeitsbericht 2024 über Griechenland ist unter folgendem Link verfügbar:

https://commission.europa.eu/document/download/6741f4b2-6a10-44ba-b40c-97a-5a38e6827_en?filename=21_1_58062_coun_chap_greece_en.pdf

*Foto: www.anadoluimages.com

Menschenrechtsorganisationen und Organisationen für Medienfreiheit kritisieren den Rechtsstaatlichkeitsbericht der Europäischen Kommission über Griechenland



In einer gemeinsamen Erklärung der vierzehn Menschenrechtsorganisationen und Organisationen für Medienfreiheit zum am 24. Juli 2024 veröffentlichten jüngsten Bericht der Europäischen Kommission über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in Griechenland wird darauf hingewiesen, dass dieser Bericht die Leser*innen täuscht, indem er die kritischen Probleme im Zusammenhang mit der Medienfreiheit und Zivilgesellschaft ignoriert.

In der kürzlich veröffentlichten gemeinsamen Erklärung heißt es, dass die übermäßig positive Darstellung des Berichts der Europäischen Kommission in krassem Gegensatz zu der alarmierenden Realität steht, mit der Journalisten, Aktivisten und zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort konfrontiert sind, sowie zu der wachsenden internationalen Besorgnis über die Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Griechenland.

In der gemeinsamen Erklärung wird angemerkt, dass der Bericht der Europäischen Kommission die eklatanten Diskrepanzen zwischen den von der griechischen Regierung selbst gemeldeten Daten und den alarmierenden Berichten, die der Europäischen Kommission von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Journalisten vorgelegt wurden, ignoriert und sich unverhältnismäßig auf die positiven Entwicklungen konzentriert, ohne diese gegen die um-



fassenderen systemischen Probleme und anhaltenden Verstöße abzuwägen. In der gemeinsamen Erklärung wird weiter ausgeführt, dass dies Zweifel an der Bereitschaft der Europäischen Kommission aufkommen lässt, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte in Griechenland aufrechtzuerhalten.

In der gemeinsamen Erklärung wird darauf hingewiesen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen und Menschenrechtsaktivisten, insbesondere jene, die sich mit Migrationsfragen befassen, in Griechenland mit erheblichen Hindernissen und sogar strafrechtlichen Verfolgungen konfrontiert sind, und wird hinzugefügt, dass der Bericht der Europäischen Kommission die schädlichen Auswirkungen dieser einschüchternden Taktiken auf die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit in Griechenland nicht ausreichend

thematisiert.

Darüber hinaus wird in der gemeinsamen Erklärung betont, dass die neu besetzte Europäische Kommission ihre Verpflichtung gegenüber den Grundrechten und demokratischen Werten in den Mitgliedstaaten stärker einhalten muss, indem sie unter anderem konkrete Fälle von Einschränkungen der Pressefreiheit, gewaltsamen Maßnahmen gegen die Zivilgesellschaft oder Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit öffentlich verurteilt.

Die Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF) hatte sich aktiv am Konsultationsprozess zum Jahresbericht über Rechtsstaatlichkeit 2024 der Europäischen Kommission für zivilgesellschaftliche Organisationen und andere Interessenvertreter beteiligt und ihren schriftlichen Beitrag bei der Europäischen Kommission eingereicht. In ihrem schriftlichen Beitrag, in dem sie die Probleme der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien dargelegt hatte, hatte die ABTTF darauf hingewiesen, dass Griechenland die Urteile des EGMR bezüglich der Vereine der türkischen Volksgruppe in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere seit 2008 immer noch nicht vollstreckt hat und die Vereinigungsfreiheit der türkischen Volksgruppe verletzt.

*Foto: www.anadoluiimages.com

Katrinis: „Die Justiz muss frei und unabhängig sein“

ABTTF-Präsident: „Unser Land hat seit 16 Jahren die drei Urteile des EGMR in Bezug auf die Vereine der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere immer noch nicht vollstreckt. Wir fordern unser Land erneut auf, die genannten EGMR-Urteile unverzüglich zu vollstrecken. Wir fordern die Regierung auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die offizielle Förmlichkeit der Türkischen Union von Xanthi, die seit 41 Jahren um Gerechtigkeit kämpft, wiederhergestellt wird, und die amtliche Eintragung unserer beiden anderen Vereine durch die nationalen Gerichte erfolgt.“

In seiner Erklärung wies Michail Katrinis, Kandidat für den Vorsitz der Partei PASOK-KINAL, darauf hin, dass Unabhängigkeit und Qualität der Justiz sowie schnelle Gerichtsurteile strukturelle Elemente der Rechtsstaatlichkeit sind, und fügte hinzu, dass die Justiz frei und unabhängig sein muss. Er betonte, dass Eingriffe in die Unabhängigkeit der Justiz der Rechtsstaatlichkeit in Griechenland schaden, was durch die Entwicklungen in den Abhör- und Tempi-Fällen sowie die verurteilende Entscheidung des Europäischen Parlaments (EP) bestätigt wurde.

In Bezug auf die Beschleunigung des Ge-



richtsverfahrens unterstrich Katrinis, dass mutige und flexible Änderungen und eine Modernisierung des Prozessrechts erforderlich sind, das auf einem veralteten Rahmen beruht, der geändert werden muss, und fügte hinzu, dass Gerichtsurteile eine klare und präzise Begründung haben müssen, damit sie schnell gefällt werden können.

„Wir stimmen voll und ganz mit den Aussagen von Katrinis überein, dass die Justiz in unserem Land Griechenland frei und unabhängig sein muss. Die Rechtsstaatlichkeit in unserem Land wird in letzter Zeit durch unmittelbare Eingriffe der Regierung in die

Justiz und Politisierung der Gerichtsurteile systematisch verletzt. Einer der wichtigsten Indikatoren für die Rechtsstaatlichkeit ist zweifellos Achtung der Vereinigungsfreiheit und somit Vollstreckung der Urteile des EGMR. Unser Land hat jedoch seit 16 Jahren die drei Urteile des EGMR in Bezug auf die Vereine der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien in der Fallgruppe Bekir-Ousta und andere immer noch nicht vollstreckt. Trotz der 2017 nach den Ermahnungen des Ministerkomitees des Europarats vorgenommenen Änderungen des Zivilprozessrechts, die Anerkennung der Urteile des EGMR durch die nationalen Gerichte unseres Landes ermöglichen, lehnte der Oberste Gerichtshof die Berufungsanträge der Türkischen Union von Xanthi, des Kulturvereins türkischer Frauen in der Präfektur Rodopi und des Jugendvereins der Minderheit in der Präfektur Evros ab. Wir fordern unser Land erneut auf, die genannten EGMR-Urteile unverzüglich zu vollstrecken. Wir fordern die Regierung auf, alle notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die offizielle Förmlichkeit der Türkischen Union von Xanthi, die seit 41 Jahren um Gerechtigkeit kämpft, wiederhergestellt wird, und die amtliche Eintragung unserer beiden anderen Vereine durch die nationalen Gerichte erfolgt“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

Staatsminister Skertsos: „Justizreform beendet die Abweichung vom europäischen System“

ABTTF-Präsident: „Wird die Justiz tatsächlich unabhängig sein und im Einklang mit dem Gesetz handeln können, wenn Urteile gefällt werden? Denn wenn es um die West-Thrakien Türken geht, haben weder die politischen Parteien noch die Justiz bisher auf diese Weise gehandelt. Da wir immer gesagt haben, dass es gegenüber der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien keinen guten Willen gibt, und die etablierte Struktur des Staatssystems uns als Bedrohung betrachtet und wahrnimmt.“

Der griechische Staatsminister Akis Skertsos erklärte, dass die Reform über die Be-



teilung der Justiz an der Ernennung der Präsidenten der obersten Gerichte einen Wendepunkt für die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz in Griechenland darstellen wird.

Mit der besagten Reform in Griechenland,

wo die Regierung die Präsidenten der obersten Gerichte ernannt, wird das Kabinett weiterhin über die Befugnis zur Ernennung der Präsidenten der obersten Gerichte innerhalb des von der griechischen Verfassung festgelegten Rahmen verfügen, es wird jedoch die Stellungnahme berücksichtigen müssen, die ihm von den Justizorganen übermittelt wird.

Der Staatsminister sagte, dass er auf Unterstützung der Opposition für die Reform hofft, und stellte fest, dass mit dieser Reform das Problem der Abweichung Griechenlands vom institutionellen Rahmen Europas ein

Ende finden wird, indem die regelmäßige Empfehlung der Europäischen Kommission an Griechenland umgesetzt wird.

„In unserem Land Griechenland führt die Ernennung der Präsidenten der obersten Gerichte durch die Regierung zu einer Manipulation der Urteile der Justiz durch sie und verletzt die Unabhängigkeit der Justiz, wie wir seit vielen Jahren bei den Gerichtsurteilen in Bezug auf die türkische Volksgruppe in West-Thrakien sehen. Mit dieser Reform

wird die Regierung weiterhin über die besagte Befugnis verfügen, aber die Justizbehörden werden ihre Stellungnahmen abgeben können. Wie wird die Umsetzung der Reform aussehen? Wird die Justiz tatsächlich unabhängig sein und im Einklang mit dem Gesetz handeln können, wenn Urteile gefällt werden? Denn wenn es um die West-Thrakien Türken geht, haben weder die politischen Parteien noch die Justiz bisher auf diese Weise gehandelt. Da wir immer gesagt haben, dass es gegenüber der türkischen

Volksgruppe in West-Thrakien keinen guten Willen gibt, und die etablierte Struktur des Staatssystems uns als Bedrohung betrachtet und wahrnimmt. In folgender Phase werden die Urteile der Justiz zeigen, ob es sich um die ‚gleiche alte Geschichte‘ handeln oder ob es wirklich eine Veränderung geben wird“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

Gottesdienst im historischen Sümela-Kloster und religiöse Freiheiten und Rechte der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die verletzt werden

ABTTF-Präsident: „Man würde sich wünschen, dass die jüngste positive Entwicklung in den bilateralen Beziehungen zwischen unserem Land und unserem Mutterland in der Praxis positive Auswirkungen auf unsere Volksgruppe haben würde, und dass dies nicht nur leere Worte und Aussagen der Regierenden unseres Landes bleiben würde. Das ist aber leider nicht der Fall! Unser Land verletzt bei jeder Gelegenheit weiterhin die religiöse Autonomie unserer Volksgruppe und verstößt somit gegen die internationalen Verträge, zu denen es sich verpflichtet hat, ganz zu schweigen davon, sich die toleranten Praktiken unseres Mutterlandes gegenüber der griechisch-orthodoxen Minderheit als Vorbild zu nehmen.“



Im historischen Sümela-Kloster in Maçka, Trabzon in der Türkei wird am 23. August 2024 zum elften Mal ein Gottesdienst stattfinden.

Der Gottesdienst, der anlässlich des Jahrestags der in der christlichen Welt als heilig geltenden „Himmelfahrt der Heiligen Jungfrau Maria“ die gehalten wird, wird wie im letzten Jahr vom griechisch-orthodoxen Patriarch Bartholomäus I. von Fener geleitet.

„Unser Mutterland Türkei hat erneut gezeigt, dass es die verschiedenen Religionen und Kulturen innerhalb seiner Grenzen respektiert, indem es die Durchführung eines Gottesdienstes im Sümela-Kloster auch in diesem Jahr genehmigt hat. Auf einer Seite ist unser Mutterland, das seit 2010 die Durchführung religiöser Messen im Sümela-Klos-



ter erlaubt, obwohl es in der dortigen Region keine griechisch-orthodoxe Gemeinde gibt, und auf der anderen Seite unser Land Griechenland, das seit Jahren die religiösen Freiheiten und Rechte unserer Volksgruppe durch verschiedene Gesetze und Regierungspraktiken verletzt. Unser Land erkennt die von unserer Volksgruppe gewählten Muftis nicht an, wandelt unsere Mufti-Ämter in gewöhnliche Staatsbehörden um, was unserer religiösen Autonomie widerspricht, und ernennt seit 1967 die Verwaltungsräte unserer Waqf-Stiftungen. Man würde sich wünsch-

chen, dass die jüngste positive Entwicklung in den bilateralen Beziehungen zwischen unserem Land und unserem Mutterland in der Praxis positive Auswirkungen auf unsere Volksgruppe haben würde, und dass dies nicht nur leere Worte und Aussagen der Regierenden unseres Landes bleiben würde. Das ist aber leider nicht der Fall! Unser Land verletzt bei jeder Gelegenheit weiterhin die religiöse Autonomie unserer Volksgruppe und verstößt somit gegen die internationalen Verträge, zu denen es sich verpflichtet hat, ganz zu schweigen davon, sich die toleranten Praktiken unseres Mutterlandes gegenüber der griechisch-orthodoxen Minderheit als Vorbild zu nehmen“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com

Minderheitenschule in Gökçeada ermöglicht die Rückkehr der Einwohnerschaft

Mit der Eröffnung der privaten griechischen Grundschule im Jahr 2013 und der privaten griechischen Sekundar- und Oberschule im Jahr 2015 in Gökçeada steigt die Zahl der Griechen, die sich auf der Insel niederlassen, dank guter Schulbildung.

Gegenüber In Newspaper erklärte Stelios Berberis, Rektor der Grundschule in Zeytinliköy, dass 6 von 18 Schülerinnen und Schüler die Grundschule und 3 von 30 Schülerinnen und Schülern die Sekundar- und Oberschule abgeschlossen haben, und fügte hinzu, dass 2012 ein Traum wahr geworden ist, als Türkiye die Eröffnung einer privaten Grundschule auf der Insel erlaubte. Berberis merkte an, dass sich junge Paare aufgrund der guten Schulbildung für die Kinder auf der Insel entschieden haben, sich in Gökçeada niederzulassen, und fügte hinzu, dass die Zahl der griechischen Einwohner auf der Insel, die im Jahr 2000 auf 200 gesunken ist, heute 700 beträgt.

„Wir freuen uns für die griechischen Einwohner in Gökçeada in Türkiye, dass die zurückgegangene Zahl der Einwohner auf der



Insel, die mit der Eröffnung der griechischen Grundschule sowie der griechischen Sekundar- und Oberschule heute wieder zugenommen hat, denn die griechische Grundschule war mit nur drei Schülerinnen und Schülern durch die Genehmigung von Türkiye eröffnet worden. Der erreichte Stand heute ist sehr erfreulich. Andererseits ist die Situation in unserer Region West-Thrakien genau umgekehrt. Infolge des Beschlusses des Bildungsministeriums, Grundschulen mit weniger als neun Schülerinnen und Schülern zu schließen, sank die Zahl türkischer Grundschulen von 188 im Jahr 2011 auf 90 heute, da der betreffende Beschluss auch auf unsere Grundschulen mit autonomem Status angewendet wurde. Der Grund für die ge-

ringe Schülerzahl in unseren Grundschulen ist nicht der Rückgang der Einwohnerzahl in den jeweiligen Orten, wo sich diese Schulen befinden, sondern die Verschlechterung der Bildungsqualität in unseren Schulen aufgrund der staatlichen Kontrolle über unsere autonomen Schulen. Wir haben keine Kindergärten, und die Probleme in unseren Sekundarschulen und Gymnasien bestehen weiterhin. Die Treffen mit den staatlichen Behörden und die Briefe, die wir an sie versenden, führen zu keinen Ergebnissen, und unsere Forderungen werden nicht erfüllt. Wenn der Staat unsere berechtigten Forderungen, die wir seit Jahren äußern, erhört und unsere Bildungsautonomie wiederhergestellt hätte, hätten unsere Kinder die Möglichkeit, in Schulen mit hoher Bildungsqualität wie in Gökçeada unterrichtet zu werden. Zudem wäre die Zahl der Schülerinnen und Schüler in unseren Schulen nicht gesunken und wären somit unsere Schulen nicht geschlossen worden“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.anadoluiimages.com

ND-Abgeordneter Syrigos ignorierte das Recht der Kinder der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien auf Bildung in ihrer Muttersprache

ABTTF-Präsident: „Da in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zweisprachige Kindergärten ohne Probleme eröffnet und betrieben werden können, rufen wir die Regierung auf, auch in unserem Land die Forderung unserer Volksgruppe sowohl als Bürger als auch als Wähler nach zweisprachigen Kindergärten zu berücksichtigen und zu erfüllen.“

In seiner Rede im griechischen Parlament verwies Aggelos Syrigos, Abgeordneter der Partei Nea Dimokratia (ND) aus Athen, auf die Forderung der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien nach zweisprachigen Kindergärten, in denen in griechischer oder türkischer Sprache unterrichtet werden soll.

Syrigos sagte, dass er es für eine Provokation hielt, Kindern in den Kindergärten Türkisch aufzuzwingen und behauptete, dass Kinder nicht gezwungen werden sollten,



eine andere sprachliche Identität anzunehmen, oder sie bereits in ihren ersten Schuljahren nicht vor Herausforderungen gestellt werden sollten.

„Ich habe mit Erstaunen die Aussagen von Syrigos, dem Abgeordneten der Regierungspartei unseres Landes, gelesen, der das Recht unserer Kinder auf Bildung in ihrer Muttersprache Türkisch ignoriert. Das ist nicht zu akzeptieren! Denn in Gökçeada wurde auf Verlangen der griechisch-orthodoxen Minderheit, mit der wir dasselbe Schicksal nach dem Vertrag von Lausanne teilen, eine griechische Grundschule für nur drei Schü-

ler*innen durch die Genehmigung unseres Mutterlandes eröffnet. Auch in Rumänien wurde 2008 auf Initiative der dortigen griechischen Minderheit die Errichtung einer griechischen Grundschule für 20 Schüler*innen genehmigt. Auf der anderen Seite schließt unser Land jedes Jahr unsere türkischen Grundschulen mit autonomem Status eine nach der anderen unter dem Vorwand mangelnder Schülerzahlen und ignoriert seit Jahren unsere Forderung nach zweisprachigen Minderheitenkindergärten. Da in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zweisprachige Kindergärten ohne Probleme eröffnet und betrieben werden können, rufen wir die Regierung auf, auch in unserem Land die Forderung unserer Volksgruppe sowohl als Bürger als auch als Wähler nach zweisprachigen Kindergärten zu berücksichtigen und zu erfüllen“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).



In West-Thrakien, Griechenland werden 4 weitere türkische Grundschulen geschlossen!

ABTTF-Präsident: „Während in Gökçeada auf Verlangen der griechisch-orthodoxen Minderheit, mit der wir dasselbe Schicksal teilen, eine griechische Grundschule für nur drei Schülerinnen und Schüler durch die Genehmigung unseres Mutterlandes eröffnet wurde, werden unsere türkischen Grundschulen, die einen autonomen Status haben, jedes Jahr von unserem Land eine nach der anderen geschlossen! Das Ziel ist offensichtlich: Der Staat versucht mit einem langfristigen Plan, unsere durch die Verträge garantierte Bildungsautonomie vollständig zu beseitigen. Wir rufen unser Land auf, unser Mutterland als Beispiel zu nehmen und die Bildungsautonomie unserer Volksgruppe sowie ihr Recht auf Bildung zu respektieren. Wir fordern ein sofortiges Ende der Schließung der zu unserer Volksgruppe gehörenden Grundschulen unter dem Vorwand des Schülermangels.“

Im Schuljahr 2024-2025 werden 4 weitere Grundschulen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien durch die zuständigen Behörden unseres Landes Griechenland unter dem Vorwand des Schülermangels geschlossen.

Laut dem getroffenen Beschluss werden die türkischen Grundschulen in den Dörfern Vyrsini (Hacıören), Kymi (Keziren) und Plagia (Payamlar) in der Präfektur Rodopi und



Palaio Katramio (Karaköy) in der Präfektur Xanthi geschlossen.

Im Rahmen des 2010 vom Ministerium für Bildung, religiöse Angelegenheiten und Sport unseres Landes Griechenland getroffenen Beschlusses werden aufgrund der wirtschaftlichen Sparmaßnahmen landesweit Grundschulen mit weniger als 9 Schülerinnen und Schüler geschlossen. Aufgrund dessen ist seit 2011 die Zahl der Grundschulen der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien, die einen autonomen Status haben, rapide zurückgegangen. Während die Zahl der türkischen Grundschulen in West-Thrakien im Jahr 2011 188 betrug, wird deren Zahl nach dem jüngsten Beschluss auf 86 sinken.

„Obwohl der türkischen Volksgruppe in West-Thrakien gemäß dem Vertrag von Lausanne von 1923 Bildungsautonomie gewährt wurde und sie das Recht hat, ihre eigenen Schulen zu gründen und zu verwalten, wurde unsere Bildungsautonomie im

Laufe der Jahre durch verschiedene Gesetze und willkürliche Praktiken zerstört. Unser Land schließt weiterhin unsere Grundschulen mit autonomem Status, die zu unserer Volksgruppe gehören, unter dem Vorwand unzureichender Schülerzahlen, und nimmt unseren Kindern das Recht auf Bildung weg, indem es unsere Bildungsautonomie missachtet. Während in Gökçeada auf Verlangen der griechisch-orthodoxen Minderheit, mit der wir dasselbe Schicksal teilen, eine griechische Grundschule für nur drei Schülerinnen und Schüler durch die Genehmigung unseres Mutterlandes eröffnet wurde, werden unsere türkischen Grundschulen, die einen autonomen Status haben, jedes Jahr von unserem Land eine nach der anderen geschlossen! Das Ziel ist offensichtlich: Der Staat versucht mit einem langfristigen Plan, unsere durch die Verträge garantierte Bildungsautonomie vollständig zu beseitigen. Wir rufen unser Land auf, unser Mutterland als Beispiel zu nehmen und die Bildungsautonomie unserer Volksgruppe sowie ihr Recht auf Bildung zu respektieren. Wir fordern ein sofortiges Ende der Schließung der zu unserer Volksgruppe gehörenden Grundschulen unter dem Vorwand des Schülermangels“, sagte Halit Habip Oğlu, Präsident der Föderation der West-Thrakien Türken in Europa (ABTTF).

*Foto: www.gundemgazetesi.com

ABTTF Newsletter

Der seit Mai 2005 herausgegebene ABTTF Newsletter erscheint in Türkisch, Griechisch, Englisch und Deutsch.

Der ABTTF Newsletter enthält die Themen, die der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien von großer Bedeutung sind, aktuelle Ereignisse in West-Thrakien und Griechenland, die Tätigkeiten und Lobbyarbeit von ABTTF auf internationaler Ebene sowie die Aktivitäten der ABTTF Mitgliedsvereine, und spielt eine bedeutende Rolle bei der Bekanntmachung der türkischen Gemeinschaft in West-Thrakien.

Der ABTTF Newsletter wird per Post nach Hause geschickt und kann auch von unseren Mitgliedsvereinen bezogen werden.

Um den ABTTF Newsletter per Post zu erhalten und für weitere Informationen zum Newsletter:

www.abttf.org
+49 2302 913291

ABTTF

Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu

Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe
Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Τούρκων Δυτικής Θράκης
Fédération des Turcs de Thrace Occidentale en Europe

ABTTF Hauptbüro
Wemerstr. 2, D-58454 Witten, Deutschland
Tel.: +49 (0) 2302 91 32 91 - Fax: +49 (0) 2302 91 32 93

ABTTF Brüsseler Büro
Square de Meeûs 38/40, B-1000 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 (0) 2 401 61 98 - Handy: +32 (0) 474 45 45 76

ABTTF Athener Büro
24 Lagoumitzi str., GR-17671 Athen, Griechenland
Tel.: +30 (0) 211 109 72 33 - Handy: +30 (0) 694 467 36 61

E-Mail: info@abttf.org - www.abttf.org

Redaktionsleiter: K. Engin Soyulmaz Editor: Nihan Ayan